



Von: Albert Rupprecht <albert.rupprecht@bundestag.de>

An: [REDACTED]

Betreff: Aktueller Newsletter MdB Albert Rupprecht

Datum: 06.12.2012 10:25

Anhang: header.jpg (image/jpeg)
teaser_berlin.jpg (image/jpeg)
teaser_wahlkreis.jpg (image/jpeg)
unterschrift.jpg (image/jpeg)
header_berlin.jpg (image/jpeg)
Plenum.jpg (image/jpeg)
Bundesrat.jpg (image/jpeg)
Land.jpg (image/jpeg)
header_wahlkreis.jpg (image/jpeg)
3.BPA.jpg (image/jpeg)
3.4 BPA.jpg (image/jpeg)



Sehr geehrter Herr Oliver-Markus Völkl,

auch in dieser Sitzungswoche möchte ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse in Berlin und über meine Arbeit im Wahlkreis informieren.

Diese Woche haben mich unter anderem folgenden Themen beschäftigt:

[IM BUNDESTAG IN BERLIN:](#)

- Bund stärkt Finanzkraft der Kommunen
- Blockadepolitik des Bundesrates
- Unser Schwerpunkt: Zukunft des ländlichen Raums

ZUHAUSE IM WAHLKREIS:

1. Putzperle übernimmt Ruder bei Gesprächsrunde

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

A handwritten signature in blue ink that reads "Albert Duppelt". The signature is written in a cursive style and is centered within a light blue rectangular box.

MEINE THEMEN IN BERLIN

Bund stärkt Finanzkraft der Kommunen



Quelle: Tobias Koch, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Obwohl für die Finanzausstattung der Kommunen eigentlich die Länder zuständig sind, ist es uns als unionsgeführte Bundesregierung wichtig diese so weit wie möglich zu stärken.

Folgende Maßnahmen haben wir daher durchgesetzt:

Wir übernehmen die Kosten für die Altersgrundsicherung: Durch die Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um rund 18,5 Mrd.. Euro. Das ist die größte finanzielle Entlastung der Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik!

Wir stärken Investitionen: Durch das "Konjunkturpaket II" mit einem Umfang von 10 Milliarden Euro hat die unionsgeführte Bundesregierung die Kommunen in den

Jahren 2009/2010 unterstützt und dadurch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Städte, Gemeinden und Landkreis gemildert.

Wir führen die "Städtebauförderung" auf hohem Niveau fort: Wir stellen jährlich 455 Mio.. Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität in unseren Städten und Gemeinden!

Start des KfW Förderprogramms "Kommunale Energieversorgung" im Juni 2012: Über dieses können kommunale Unternehmen sowie Kommunen zinsverbilligte Darlehen für Investitionen in die Energieeffizienz und den Ausbau dezentraler kommunaler Energieversorgung beantragen. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag für die Energiewende auf kommunaler Ebene.

Blockadepolitik des Bundesrates



Quelle: <http://www.flickr.com/photos/cmbellman/3573328311/sizes/z/>, Anders Adermark

Der Bundesrat droht aus parteitaktischen Gründen unter der Regie von SPD und Grünen seine Orientierung am gesamtstaatlichen Interesse zu verlieren. Ich möchte Ihnen hier vier Fälle der aktuellen Blockade nennen:

- Der **Bundesrat hat dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression nicht zugestimmt**. Das entzieht dem privaten Konsum der Menschen in Deutschland 6 Milliarden Euro, die erheblich zur Stützung der Binnennachfrage beitragen könnten. Noch schlimmer aber: Mit dem Gesetz hat der Bundesrat auch die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages verweigert. Erfolgt sie nicht, wird den hart arbeitenden Menschen ab Januar mehr Geld vom Lohn abgezogen, als die Verfassung erlaubt. Alles auf Geheiß der rot-grünen Verhandlungsführer im Bundesrat.
- **Große Vermögen dagegen bleiben ungeschoren, weil der Bundesrat dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zustimmt**. Mit diesem Geld-zurück-Abkommen hat Wolfgang Schäuble die Schweizer Banktresore für eine Besteuerung deutschen Geldes in der Schweiz nach deutschen Regeln geöffnet - und zwar für zehn Jahre rückwirkend. Das brächte Bund, Ländern und Gemeinden mindestens 1,6 Milliarden Euro. Experten gehen sogar von bis zu 10 Milliarden Euro aus. Unter Führung von SPD und Grünen verzichtet der Bundesrat auf diese Einnahmen. Die reichen Geldanleger freuen sich, die armen Kommunen fragen sich, was das soll.
- Gleichzeitig klagen die Länder, sie hätten kein Geld, um unser Gesetz zur energetischen **Gebäudesanierung** mitzutragen. Wenn Energiewende und Klimaschutz gemeinsame Aufgaben sind, sollten wir auch gemeinsam die 1,5 Milliarden Euro für dieses Programm aufbringen. Zumal sich jeder auf diese Weise investierte Euro mehrfach rentiert. Aber Gabriel, Kraft und Kretschmann schert das nicht. Sie reden zwar sonntags von der Energiewende, tun aber nichts gegen den CO₂-Ausstoß. Umweltschützer und Handwerker dürften sich verwundert die Augen reiben, liegen in der energetischen Gebäudesanierung doch die größten Energieeinspar- und Klimaschutzmöglichkeiten - und heimische Arbeitsplätze sichert sie auch.
- **Abgelehnt hat der Bundesrat auch das Jahressteuergesetz**, mit dem wir unter anderem die Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen wollen: 2,5

Milliarden Euro weniger Bürokratiekosten. Auch die Vereinfachung des Unternehmenssteuerrechts und die grundlegende Reform des steuerlichen Reisekostenrechts hat der Bundesrat aufgehoben. Man könnte meinen, SPD und Grüne haben mehr Verständnis für die Bürokratie als für Unternehmen und Menschen.

Unser Schwerpunkt: Zukunft des ländlichen Raums



Quelle: http://www.flickr.com/photos/bruno_hotz/4777338703/sizes/z/, ponte1112

Als christlich-liberale Bundesregierung ist uns die Entwicklung des ländlichen Raumes eine Herzensangelegenheit. Deshalb haben wir diese Woche im Parlament einen Antrag eingebracht, der konkreten Handlungsbedarf aufzeigt.

Wir schlagen Maßnahmen in folgenden Feldern vor:

1. Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur,

2. Wirtschaft und Arbeit,
3. Sozialer Zusammenhalt, Betreuung, Gesundheit und Pflege sowie
4. Integrierte ländliche Entwicklung.

Unser Schwerpunkt ist eindeutig der Ausbau der Breitbandversorgung, ebenso wichtig sind uns aber auch Fragen der Daseinsvorsorge oder Zusammenarbeit zwischen Kommunen sowie zwischen Kommunen und Privaten. Bei all unseren Vorschlägen sehen wir Bund, Länder, Städte, Gemeinden und nicht-staatliche Akteure gemeinsam in der Verantwortung. Alle müssen zusammenarbeiten.

MEINE THEMEN IM WAHLKREIS

Putzperle übernimmt Ruder bei Gesprächsrunde





Völlig überrumpelt hat mich "Putzperle Huber" aus dem Sindensberger Altenheim und die 49 anderen Teilnehmer einer Berlinfahrt beim Besuch im Bundestag. Ich hatte zu einer viertägigen Berlinfahrt eingeladen und Teil der Fahrt war auch ein Gespräch mit mir. Als wir dann in einem Ausschusssaal des Bundestages saßen und über die aktuelle Bundespolitik diskutierten, stand "Putzperle Huber" plötzlich auf und ich hatte ab diesem Zeitpunkt nichts mehr zu melden. Ihr war offensichtlich das Thema Griechenland und Eurokrise viel zu langweilig. Einfach klasse, wie sie uns alle mitgerissen hat!

Unter den Teilnehmern waren unter anderem: Wolfgang Doleschal, CSU-Ortsvorsitzender aus Brand, Josef Zölch, Bürgermeister von Reuth, Josef Beck CSU-Ortsvorsitzender aus Püchersreuth und Leonhard Kellner, CSU-Ortsvorsitzender aus Plößberg. Vier Tage lang erlebten die Teilnehmer Politik in Berlin; besuchten mehrere Bundesministerien, machten eine Stadtrundfahrt und besichtigten den Tränenpalast.